

369



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

74. Jahrgang – Nr. 75 – April 2025

Franz Reinisch – ein Seliger?

Erinnern für die Zukunft in Niederösterreich

Die Geschichte der Befreiungsmedaille



Foto: ÖVP Wien

Stadträtin Isabelle Jungnickel, Bezirksvorsteher Markus Figl und Pfarrer Marton Gal bei der Kranzniederlegung am Albertinaplatz



Worte des Chefredakteurs

Nach einem chinesischen Spruch leben wir wohl in interessanten Zeiten. Das ist ja eher eine gefährliche Drohung und trifft global gesehen sicherlich zu. In Österreich konnte mit der nunmehrigen Regierung das Schlimmste noch verhindert werden. Walter Tancsits liefert einen dosiert optimistischen Ausblick.

Gedenkveranstaltungen sind naturgemäß immer mit einigen Beiträgen vertreten. Neben den traditionell jährlich stattfindenden Terminen wird aber etwa im Burgenland mit Josef Pieler eines bisher vernachlässigten NS-Opfers gedacht. Zu wenig bekannt ist auch Franz Reinisch, der einzige Priester im Deutschen Reich, der wegen Wehrdienstverweigerung hingerichtet wurde. Damit wurde er auch zum Vorbild für Franz Jägerstätter. Ein nach ihm und seiner Frau benanntes Institut an der Katholischen Privat-Universität Linz wird in dieser Nummer vorgestellt. Die Serie „Gedenksteine“ wird mit weiteren Widerstandskämpfern fortgesetzt. Einen interessanten Blick in die Geschichte bietet Marcus Zimmerbauer mit seinem Artikel über die Schaffung der „Österreichischen Befreiungsmédaille“.

Das umfassende Projekt des niederösterreichischen Landesregierung zum heurigen Gedenkjahr „Erinnern für die Zukunft“ präsentiert Christoph Benedikter. Den Umbruch- und Wendejahren 1989/91 in den österreichischen Bundesländern und damit auch der Vorgeschichte des EU-Beitritts widmet sich ein von Michael Gehler und Andrea Brait herausgegebenes neues Buch. Wir stellen es gerne vor. Aktuelle Anmerkungen zum geistigen Klima in unserem Land bietet in einem Gespräch der Präsident der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände“ (AKV) Matthias Tschirf.

Euer Paul Mychalewicz

Franz Reinisch – ein Seliger?

In der letzten Nummer (Freiheitskämpfer, Nr. 74) haben wir an dieser Stelle über Provikar Carl Lampert berichtet. Er war der ranghöchste Geistliche, der vom NS-Regime hingerichtet wurde. Franz Reinisch (1903 – 1942) wies in seinem Lebenslauf und seinem Widerstand einige Parallelen mit Lampert auf. Er wurde in Feldkirch geboren, und stammte damit ebenfalls aus Vorarlberg. Beiden gemeinsam ist auch ihr Studium im Priesterseminar Brixen/Südtirol. Zuvor maturierte Reinisch 1922 in Hall in Tirol. Dort gehörte er als engagiertes Mitglied dem MKV an, in Innsbruck dann dem CV, wo er schließlich 1928 in Innsbruck zum Priester geweiht wurde. Zwei Jahre später trat er in den Pallottinerorden ein. Durch seine seelsorgliche Tätigkeit, die er im Rahmen der Schönstattbewegung – einer 1914 gegründeten marianischen Erneuerungsbeziehung – ausübte, kam er in verschiedene Orte Deutschlands und Österreichs. 1938 kehrte er schließlich nach Schönstatt, einem Ortsteil Vallendar, in der Nähe von Koblenz zurück.

Reinisch blieb dabei der Charakter des nationalsozialistischen Regimes nicht verborgen und er äußerte sich in seinen Predigten und Reden auch unverhohlen kritisch. Dieses Verhalten trug ihm 1940 ein Predigtverbot für das ganze Deutsche Reich ein. Dennoch war er im Untergrund weiter tätig. Am 1. März 1941 erhielt er zunächst einen Bereitschaftsbefehl der deutschen Wehrmacht. Damit war absehbar, dass sich irgendwann die Frage des Fahneneids auf Adolf Hitler stellen würde. Ein Jahr danach erreichte ihn tatsächlich der Stellungsbefehl. Vor der Stellungskommission verweigerte er – trotz gegenteiligem Rat seiner Ordensoberen – den geforderten Treueeid, worauf er am 16. April 1942 verhaftet wurde. Danach wurde er nach Berlin-Tegel gebracht und vor das Reichsgericht gestellt. Dort wurde er im Juli wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt, denn seine Gewissensent-



Foto: DÖW

scheidung blieb unerschütterlich. Am 21. August 1942 wurde er in Brandenburg-Görden enthauptet. Reinisch war der einzige Priester im Deutschen Reich, der den Eid auf Hitler verweigerte und deshalb hingerichtet wurde. Diese Nachricht erreichte auch Franz Jägerstätter, der damit in seiner Entscheidung, den Kriegsdienst zu verweigern, bestärkt wurde. Er wurde 1943 hingerichtet.

Reinisch's Urne wurde am 17. Oktober 1946 in Schönstatt in unmittelbarer Nähe des Marienheiligtums beigesetzt. 1999 wurde Reinisch als Glaubenszeuge in das Martyrologium des 20. Jahrhunderts aufgenommen. 2013 wurde in Trier, dem zuständigen Bistum, der Seligsprechungsprozess eröffnet und auf diözesaner Ebene 2019 abgeschlossen. Die endgültige Entscheidung liegt seither in Rom.

Franz Reinisch wird an mehreren Orten gedacht, so in Deutschland etwa im Dom von Passau in einer Gedächtniskapelle. In Feldkirch und Innsbruck sind Wege nach ihm benannt, beziehungsweise in Hall in Tirol der Platz vor der Stadtpfarrkirche. In der Kirche selbst wurde am 2. Juli 2023 eine Skulptur eingeweiht.

Quellen u. a. Den für die Freiheit Österreichs Gestorbenen, Amt der Tiroler Landesregierung 2011, Eintrag Wikipedia einschließlich Literaturliste.

Gedenkveranstaltungen am 14. März 2025

Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände gedachte – so wie jedes Jahr – der Beendigung der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus mit drei Treffen der Opferverbände an drei systemrelevanten Orten. Bei jeder einzelnen Veranstaltung durften wir zwischen 60 und 80 Teilnehmer begrüßen, davon je eine Schulklasse aus folgenden Schulen:

*Bertha von Suttner Gymnasium,
1210 Wien
Gymnasium Radetzkystraße,
1030 Wien
Gymnasium Feldgasse,
1080 Wien.*

An jedem Standort trugen die Schüler ihre selbstverfassten Gedanken und Bezüge zu den Ereignissen vor, was von den Anwesenden mit Freude und Interesse aufgenommen wurde.

Wir bedanken uns bei den Lehrpersonen, die diese Gedenkarbeit unterstützt haben.

1. Station war in 1210 Floridsdorf, Am Spitz: Dort erinnerten Bezirksvorsteher Georg Papai und ein Vertreter des DÖW an die letzten Tage der NS-Herrschaft. Dabei wurden die drei österreichischen Patrioten, Major Karl Biedermann, Oberleutnant Rudolf Raschke und Hauptmann Alfred Huth im April 1945 in Folge eines Verrates gehenkt. Diese drei tapferen Männer beabsichtigten, Wien bei dem Einmarsch der roten Armee vor den größten Zerstörungen zu bewahren und der Stadt ein ähnliches Schicksal wie dem zum Großteil zerstörten Budapest zu ersparen. Ein Verrat zerstörte leider deren Vorhaben.



Floridsdorf, Am Spitz: Kastelic, Harwangegg, Herzog, Papai, Garscha, Roth, Schiel

2. Station: Landesgericht Wien: Auch dort fanden sich im Weiheraum (ehemalige Hinrichtungszelle) viele Teilnehmer ein, darunter die erwähnte Schulklasse aus dem 3. Bezirk. Die Begrüßung erfolgte durch die Vizepräsidenten des Landesgerichts, Frau Hofrätin Mag. Spreitzer-Kropiunik und dem Bundesobmann unserer Vereinigung Dr. Norbert Kastelic. Seitens des DÖW sprach Frau Dr. Schwarz Gedenkworte und verlas einige Briefe von Widerstandskämpfern aus dem Gefängnis. Dabei wurde vor allem der letzten Hingerichteten, wie etwa Kaplan Dr. Mayer, gedacht. Diese verloren noch kurz vor der Befreiung im Jänner 1945 ihr Leben an diesem Ort.

3. Station: Die Weihestelle im Figl-Hof in der Saltorgasse. Dort trug eine Klasse des Gymnasiums 1080 Wien, Feldgasse,

ihre zum Thema verfassten Erinnerungen vor. Die Ansprache hielt der Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes, MMag. Markus Figl, ein Großneffe des großen Nachkriegsbundeskanzlers Dipl.-Ing. Leopold Figl. Dabei flocht er Familienerinnerungen ein. An jedem der drei Orte legten wir Kränze nieder, wobei

unser Auftritt am Morzinplatz, vor dem Figl-Hof, wegen des Starkregens nur kurz sein konnte. Unser Dank gilt dem Koordinator dieser drei Veranstaltungen, dem Sprecher der ARGE der WiderstandskämpferInnen und Opferbände, Herrn Dr. Winfried Garscha.

NK ■



Kastelic, Harwangegg, Garscha

BUNDESREGIERUNG mit VP-Führung

Erst fünf Monate nach der letzten Nationalratswahl kommt es in Österreich zu einer Regierungsbildung. Vorausgegangen ist dieser ein hoher Zeitaufwand für Koalitionsgespräche unter verschiedenen Parteien, ihr Abbruch und die Wiederaufnahme. Hoffentlich führen die ausführlichen Verhandlungen zu soliden und haltbaren Ergebnissen. Im Zuge der komplizierten Verhandlungen kam (vorerst einmal nur) die ÖVP zu einem neuen Parteiobmann. Dieser ist seit Kurzem auch erstmals Bundeskanzler.

In der Dezemberausgabe des „Freiheitskämpfers“ konnte ich die Nationalratswahl vom 29. September 2024 analysieren und die eine oder andere Schlussfolgerung zur Regierungsbildung treffen. Damals haben weder ich noch unsere Leserinnen und Leser daran gedacht, dass wir erst fast ein halbes Jahr später im März 2025 zum Ende von Koalitionsverhandlungen und einer Regierungsbildung kommen werden. Nun, die damals erwartete Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS ist – nach Unterbrechung und Verhandlung mit den Freiheitlichen – doch zu Stande gekommen. Innerhalb der Volkspartei gab es einen Führungswechsel nach dem ersten Scheitern der Gespräche. Der jetzige Parteichef und neue Bundeskanzler heißt Dr. Christian Stocker. Er war drei Jahre Generalsekretär der ÖVP, seit 2019 Abgeordneter zum Nationalrat und Jahrzehnte lang Vizebürgermeister von Wiener Neustadt. Beruflich ist Stocker Rechtsanwalt und trotz des dargelegten Engagements sehr spät zum Berufspolitiker geworden.

Aufgrund des vorliegenden Regierungsprogramms ist zu hoffen, dass etliche Probleme offensiv angegangen werden:

Sanierung des Budgets bei gleichzeitigem Wirtschaftsaufschwung!

Diese beiden Ziele verlangen in der Praxis nahezu gegenteilige Maßnahmen, wie Einspa-

rungen und Investitionen. Welcher Bereich wie behandelt wird, ist eine politische Entscheidung. Die neue Regierung vereint offensichtlich das konstruktive Zusammenwirken der Sozialpartner mit dem wirtschaftsinitiativen Ansatz der NEOS. Die Sozialpartner sind jedenfalls in entscheidenden Führungspositionen vertreten. So wurde der Generalsekretär der Wirtschaftskammer, Wolfgang Hattmansdorfer, Wirtschaftsminister. Die SPÖ nominierte ihrerseits den Chefökonom der Arbeiterkammer, Markus Marterbauer, als Finanzminister. Beide Herren haben klare Positionierungen, aber eben einen sozialpartnerschaftlichen Hintergrund, auf dessen Basis gemeinsam bewältigbare Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden sollten.

Einsparungen und neue Maßnahmen sind meiner Meinung nach bei der Alterssicherung unbedingt erforderlich. Eine Anpassung an die demographische Entwicklung wurde mit der Reform 2004 eingeleitet. Die Weiterentwicklung wurde Jahrzehnte nicht mehr unternommen, zum Teil sind sinnvolle Maßnahmen sogar wieder abgeschwächt worden. Die steigende Lebenserwartung ist natürlich erfreulich, aber sie soll nicht zu einer unerträglichen Belastung für die im Arbeitsleben stehenden, jungen und mittleren Generationen werden. Konkret bin ich dafür, die sogenannte 2. und 3. Säule (Mit-



arbeitervorsorge und Firmenpension) auszubauen und auch jene älteren Personen, die jetzt schon länger arbeiten wollen, finanziell und bürokratisch zu entlasten. Auch zu diesem Thema sind Ansätze und Überlegungen im Regierungsprogramm zu finden. Bürokratische Entlastungen betreffen aber nicht nur die Pensionsabwicklung, sondern viele Bereiche des öffentlichen und wirtschaftlichen Geschehens. Daher erscheint mir auch die Einrichtung eines eigenen Staatssekretariats für Deregulierung sinnvoll, und ebenso dessen Besetzung mit dem aus der wirtschaftlichen Praxis kommenden NEOS-Politiker Sepp Schellhorn.

Während also Einsparungen zur Budgetsanierung erforderlich sind, müssen trotzdem

zukunftsorientierte Investitionen möglich sein, so etwa die Photovoltaik- und die Chip-Produktion, um weniger von Taiwan und China abhängig zu sein. Die Stärkung alpiner Wind- und Wasserkraft ist aus Klimaschutzgründen, aber auch zum Senken der Strompreise erforderlich. Die Energiepreise haben nicht nur auf den Lebensstandard der Bevölkerung Einfluss. Ihre Eindämmung ist ebenso Voraussetzung für die Ankurbelung der heimischen Industrie, einschließlich des Wiedergewinns ihrer Exportstärke.

Migrationsprobleme lösen

Ein anderes Problem ist die falsch verlaufende Migration ohne jede Kontrolle. Damit werden gefährliche Gewalttäter und

nicht integrationswillige (meist) Männer ins Land gebracht. Dadurch wird die Bevölkerung



nicht nur gefährdet, sondern auch durch ungeeignete Sozialleistungen finanziell belastet. Es schadet aber auch dem Ansehen der vielen arbeitswilligen und anpassungsbereiten Migranten, ohne die etwa Pflegedienst und Tourismus zusammenbrechen würden. Hier darf nicht nur kritisiert werden – die Fehler des letzten Jahrzehnts sind ohnehin bekannt –, sondern es müssen praktikable Lösungen gefunden werden. So etwa, dass schon jahrelang in Österreich lebende Eltern einen zusätzlich notwendigen Deutschunterricht selbst bezahlen müssen (Einheimische müssen einen Nachhilfeunterricht auch selbst finanzieren). Mir geht es also um Gleichbehandlung und Kontrolle, was keineswegs als Fremdenfeindlichkeit verstanden werden darf.

Schließlich kontrolliert man auch „Schwarzfahrer“ und wird damit nicht zum Gegner des öffentlichen Verkehrs.

Betrachtung des Koalitionspokers

Warum das Programm und die Dreier-Koalition nicht schon Ende 2024 zu Stande gekommen sind, soll aber nochmals beleuchtet werden. Zunächst wurde die wirtschafts- und damit auch arbeitsorientierte bürgerliche Mehrheit von der SPÖ-Führung einfach nicht akzeptiert. Damit war die

Regierungsarbeit ganz wichtiger Finanzministeriums konnte keine Einigung mit ihm gefunden werden. Fast erweckt er den Eindruck, als wäre ihm klar, dass er ein guter und viele Protestwähler gewinnender Oppositionsführer ist – aber die Umsetzung in der Regierung doch andere Qualitäten verlangt. Jedenfalls hat er nach vier Verhandlungswochen einen Ausstieg geschafft, für den die FPÖ bisher immer zwei bis drei Jahre in den jeweiligen Koalitionen mit SPÖ und ÖVP benötigte.

Ich gebe aber ganz offen zu, dass eine sogenannte bürgerliche

Reformansätze gemeinsam erarbeitet werden können. Die ÖVP bezeichnet sich zu Recht als Europapartei. Die FPÖ kritisiert zu Recht etliche EU-Fehler. Da hätte die Chance bestanden, gemeinsam positive, Europa stärke, Reformschritte zu initiieren. Also nicht die Staaten und Nationen in den Vordergrund stellen, sondern die Subsidiarität. Der Umgang mit Wölfen und Schafen, die Verbilligung von Ski-Karten für einheimische Jugendliche, der Schutz von Vater und Mutter und dergleichen sollten länderspezifisch und regional geregelt werden. Dafür wäre es sinnvoll, wenn sich die EU um einen gemeinsamen, weltweit wirkenden Kapitalmarkt kümmert, für niedrigere Energiepreise sorgt, ihre Außengrenzen absichert und ein europäisches Eisenbahnnetz (mit chinesischer Qualität) baut. Aber Kickl hat nach meiner Beurteilung gar kein Interesse an Politik-Korrektur, sondern nur an NEIN-Lösungen, wie Ausstieg aus dem EUGH oder keine europäische Sicherheitspolitik – ohne die auch kein Grenzschutz möglich ist. Er wollte auch aus der „Partnership for Peace“ mit der NATO aussteigen, den Friedenseinsatz des Bundesheeres im Kosovo beenden und Österreich nicht an Sky-Shield – also an der gemeinsamen europäischen Beschaffung eines Luftverteidigungsgeräts – beteiligen. Damit ist klar, dass der Ruf der FPÖ nach stärkeren Verteidigungsmaßnahmen auch nicht ernst gemeint war.

Alles in allem ist also eine von unserer Volkspartei geführte Koalition für die Zukunft des Landes die bessere Lösung. Wenn es – nach den ersten Sanierungszeiten – Erfolge gibt, sollten wir uns jetzt schon vornehmen, diese auch erfolgreich in der Bevölkerung zu verbreiten.

Das Regierungsteam der ÖVP setzt sich wie folgt zusammen:

1 Kanzler, 5 Minister und 3 Staatssekretäre (von links nach rechts angeordnet):

- Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig
- Staatssekretärin im Finanzministerium Barbara Eibinger-Miedl
- Kanzleramtsministerin für die Agenden Familie, Jugend, EU und Integration Claudia Plakolm
- Innenminister Gerhard Karner
- Bundeskanzler Christian Stocker
- Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer
- Verteidigungsministerin Klaudia Tanner
- Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium Elisabeth Zehetner
- Staatssekretär im Bundeskanzleramt Alexander Pröll
- Klubobmann August Wöginger

Volkspartei gezwungen, mit der FPÖ, deren Parteichef als zu radikal bewertet wurde, Verhandlungen aufzunehmen. Das hat zwar zu einer Zeitverzögerung geführt, aber die von etlichen Mainstream-Medien gewünschte Zwangsverpflichtung zur Linkskooperation sichtbar zerstört. Auf der anderen Seite hat sich Herbert Kickl selbst entzaubert. Trotz Angebot des Kanzleramts und des für die

che Koalition auch etliche Vorteile gehabt hätte. So ist das Budgetprogramm zur Verhinderung eines EU-Defizitverfahrens schnell zustande gekommen und wird in sehr ähnlicher Form auch jetzt umgesetzt. Die familienpolitischen Ansätze der FPÖ scheinen mir als Christlich-Sozialen ebenso vernünftig. Diese gab es in dem Bereich schon in der schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000. Auch was die EU

Erinnern für die Zukunft in Niederösterreich

Miteinander reden, voneinander lernen. Unter dieses Motto hat das Land Niederösterreich das Gedenken und die Jubiläen des heurigen 5er-Jahres gestellt. Gleich vier Jahre, nämlich 1945, 1955, 1995 und 2005 verdienen Aufmerksamkeit.

1945

Im Frühjahr vor 80 Jahren steuerte Hitlers „Großdeutsches Reich“ unwiderruflich seinem Ende entgegen. Der Osten Österreichs wurde ab Anfang April Schauplatz teils heftiger Kämpfe. Und hinter der Front setzte das untergehende Regime noch neue Verbrechen ins Werk. So ermordeten beispielsweise SS-, SA- und Volkssturmmänner sowie Wehrmachtseinheiten am 6. und 7. April 1945 rund 500 bereits entlassene Häftlinge des Zuchthauses Stein bei Krems. Zugleich fiel durch den Bodenkrieg vielerorts in Trümmer, was der Luftkrieg noch nicht vernichtet hatte.

Bei allem Chaos und aller Zerstörung bahnte sich dennoch das Neue und Erfreuliche an. Denn als am 8. Mai die Waffen schwiegen und ganz Österreich befreit war, amtierte in Wien bereits die „Provisorische Staatsregierung“. Diese hatte am 27. April Österreichs Unabhängigkeit erklärt und damit die Republik wiederbegründet. Ende September vor 80 Jahren dann die Länderkonferenz in der Hofburg, bei der die westlichen Bundesländer die provisorische Renner-Regierung anerkannten. Die Einheit Österreichs blieb dadurch gewahrt. Am 25. November 1945 schließlich die ersten freien Wahlen der Zweiten Republik. Auch sie brachten eine wichtige Ent-

scheidung: Die KPÖ erhielt nur fünf Prozent der Stimmen. Die Gefahr, dass Österreich nach einem totalitären Regime von rechts nun die Beute einer linken Totalität werden könnte, diese Gefahr war gebannt.

1955

Die übrigen Gedenkjahre, nämlich 1955, 1995 und 2005 geben Anlass zu unvermischt positiver Bewertung und zu ebensolchen Gefühlen. Die Unterzeichnung des Staatsvertrags im Mai vor 70 Jahren machte Österreich von einem befreiten zu einem tatsächlich freien Land; ein souveräner Staat mit eigener, von keiner anderen staatlichen Ordnung abgeleiteten Staatsgewalt und – nach dem Abzug des letzten Besatzungssoldaten am 25. Oktober 1955 – alleiniger Kontrolle über sein Staatsgebiet.

1995

Vor 30 Jahren wiederum, mit 1. Jänner 1995, trat Österreich der Europäischen Union bei. Eine Weichenstellung, die aus damaliger Perspektive im höchsten Maße sinnvoll war. Österreich kann seither an den europäischen Entscheidungsprozessen teilnehmen. Seinen Unternehmen steht der gemeinsame Markt offen und seine Bürger und Bürgerinnen können ohne Einschränkungen in allen anderen EU-Staaten arbeiten und leben. Die zuletzt negativen Entwicklungen in der EU, von einer extremistischen Klimapolitik, die eine Deindustrialisierung Europas zur Folge hat, über eine Migrationspolitik, die der Masseneinwanderung aus Regionen mit inkompatiblen kulturellen

Werten de facto keine Grenzen setzt, bis zu einer infantilen Sicherheitspolitik – diese Fehlentwicklungen waren vor 30 Jahren nicht absehbar. Sie zu korrigieren tut not, kann aber besser auf dem Wege einer Reform von innen erfolgen, an der Österreich teilnimmt.

2005

Das erste volle Jahr, in dem die zehn Beitrittsländer von 2004 Mitglieder der EU waren. Acht dieser Staaten liegen in Mittel- und Osteuropa, nämlich Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Polen, Estland, Lettland und Litauen. Österreich rückte vom geographischen Rand der Union mehr in deren Mitte, ohne sich bewegt zu haben. Gleichzeitig war ein weiterer wesentlicher Schritt beim politischen Zusammenwachsen eines alten Kulturraumes vollzogen.

„Erinnern für die Zukunft“

Dieser vielfältigen Geschehnisse soll auf Initiative der Landeshauptfrau von Niederösterreich, Johanna Mikl-Leitner, auf besondere Weise gedacht werden. Die Abteilung Kunst und Kultur der NÖ Landesregierung entwickelte daher die Kampagne „Erinnern für die Zukunft“. Sie gibt dem Gedenken im Jahr 2025 eine übergeordnete Philosophie und eine gemeinsame Richtung. Die zentrale Botschaft besteht in der Tatsache, dass bei aller Unterschiedlichkeit der Ereignisse, deren man sich heuer erinnert, und bei allen Schrecklichkeiten, die 1945 und in den Jahren davor begangen wurden, sich in den letzten 80 Jahren den-



1945 1955 1995

noch eine großartige Erfolgsgeschichte vollzog. Österreich erstand als demokratischer Staat aus der Trümmerlandschaft, wie sie das Dritte Reich und der Weltkrieg hinterlassen hatten. Und es zählt heute zu den wohlhabendsten Ländern Europas mit einer leistungsfähigen und innovativen Industrie.

„Erinnern für die Zukunft“ soll aber nicht nur diese Erfolgsgeschichte erzählen und so die jüngere Zeitgeschichte Österreichs und Niederösterreichs lebendig halten. Die Kampagne soll auch eine Plattform bieten, um an die Herausforderungen und Errungenschaften der Vergangenheit zu erinnern und daraus Schlüsse für gegenwärtig und zukünftig schwierige Situationen zu ziehen. Die Kriegs- und die Nachkriegsgeneration standen Problemen gegenüber und hatten Dinge zu ertragen, neben denen die meisten der heute als schwierig empfundenen Phänomene nachgerade erholbar wirken. Sich in Erinnerung zu rufen, wie die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sich aus dem Desaster, das der NS-Staat angeordnet hatte, herauskämpften und ein „Wirtschaftswunder“ auf Schiene brachten, sollte Mut und Zuversicht geben.

Mut und Zuversicht dahingehend, dass aktuelle und zukünftige Schwierigkeiten mit demselben Instrumentarium über-

Erinnern für die Zukunft in Niederösterreich

2005 2025

wunden werden können, das sich in den letzten Jahrzehnten bewährt hatte. Es bestand in einer Kombination von Fleiß und hohem Arbeitsethos, von zumeist vorhandenem gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie von ehrenamtlichem und sozialem Engagement. Das Ganze getragen von einem demokratischen Grund-

konsens und angeleitet von einer soliden, immer wieder auch klugen Art der Regierungsführung.

„Erinnern für die Zukunft“ erleben

Zentrales Element der Initiative ist die web-Plattform „Erinnern für die Zukunft in Niederösterreich“, unter

<https://www.erinnernfuerdiezukunft.at>

Hier sind möglichst viele, gewiss aber die zentralen Ausstellungen und Veranstaltungen zu finden, die sich mit Themen zu 1945, 1955, 1995 und 2005 auseinandersetzen. Von großen Ausstellungen wie „Kinder des Krieges. Aufwachsen zwischen 1938 und 1955“ im Haus der Geschichte im Museum Niederösterreich oder auch „Schau- platz Eiserner Vorhang. Europa: gewaltsam geteilt und wieder vereint“ im Schloss Weitra. Bis hin zu Konzerten wie die „Jewish Weekends“ in der ehemaligen Synagoge von St. Pölten, Lesungen, Erzählcafés, interaktiven Vorträgen und Zeitzeugenveranstaltungen. Gerade

bei letzteren Veranstaltungen liegt der Schwerpunkt auf der Orts- und Regionalgeschichte, wobei die Idee des „Miteinander Redens, Voneinander Lernens“ im Vordergrund steht.

Jeder/jede, der/die selbst eine Veranstaltung zur Thematik der Erinnerungsjahre organisiert, ist herzlich eingeladen, diese bei „Erinnern für die Zukunft“ einzumelden. Die Veranstaltung wird dann entsprechend auf der webplattform platziert und beworben. Ansprechpartner ist der wissenschaftliche Leiter der Initiative, der Historiker Christoph H. Benedikter. ■

Erreichbar unter: christoph.benedikter@noel.gv.at

Gedenkmesse am 12. März 2025

Auch heuer fand eine Gedenkmesse unserer Kameradschaft in der Michaelerkirche für die Opfer des Nationalsozialismus und der Bombardierung des Philipphofes statt. Dabei waren ca. 300 Bombentote am derzeitigen Albertinaplatz zu beklagen. Heute steht hier eine Skulptur des Bildhauers Hrdlicka.

Der 12. März 1945 war ein Schreckenstag für Wien. Bomben, abgeworfen aus Flugzeugen der US-Airforce, trafen die Wiener Innenstadt. Diesen fielen die Staatsoper, der Heinrichshof und der Philipphof zum Opfer.

Die heilige Messe vom 12. März 2025 wurde wieder gemeinsam mit der Bezirksvertretung des 1. Bezirks – vertreten durch BV MMag. Markus

Figl und Frau Stadträtin Mag. Isabelle Jungnickel – organisiert. Anlässlich des 80. Jahrestag des Erinnerns wurde diese durch den Chor der Altkalksburger Vereinigung besonders feierlich gestaltet, wofür wir herzlich zu danken haben. Wir konnten auch deren Präsidenten RA Dr. Stefan Wurst und die gute Seele dieses Vereins, Frau Claudia Drexler begrüßen. Unser besonderer Dank gilt auch Herrn Pfarrer Marton Gal, der aus Temeschwar stammt. Die heilige Messe mit der schönen Gesangsbegleitung wurde für die vielen Anwesenden zu einem Erlebnis. Danach besuchten alle die in die Kirche integrierte Turmkapelle mit dem Dachauer Kreuz, wo sich noch viele Jahre nach Kriegsende ein Großteil der mit dem sogenannten Prominententransport nach Dachau am 1. April 1938 ins dortige KZ gebrachten Personen



Foto: ÖVP Wien

jährlich zu einem Gedenken traf. Nach einem Gebet sprach BV MMag. Figl ausführlich über die Ereignisse rund um den Philipphof.

Bereits am Vormittag des 12. März wurde am Albertinaplatz eine Stele errichtet. Der

darauf eingravierte Text erinnert an die Ereignisse vor 80 Jahren. Bei dieser Veranstaltung war unsere Organisation überaus stark vertreten, u. a. auch durch unseren Landesobmann von Tirol, Clemens Hornich.

NK ■

Die Geschichte des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreichs

Das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs wurde 1976 geschaffen. Damit sollen Personen, die sich um die Befreiung der Republik Österreich verdient gemacht haben, ausgezeichnet werden. Es gab jedoch bereits 1946 ein Gesetz über die Schaffung der Österreichischen Befreiungsmedaille, das nie zur Anwendung gekommen ist. Die Geschichte dieser beiden Gesetze soll hier kurz nachgezeichnet werden.

Das erste Gesetz 1946:

Der Bundesminister für Elektrizifizierung und Energiewirtschaft Dr. Karl Altmann schlug im Jahr 1946 die Verleihung von Medaillen an sowjetische Soldaten vor.

Bundeskanzler Figl wies darauf hin, dass sich oft Österreicher anmaßten, im Widerstand tätig gewesen zu sein. Es sollten aber die Verdienste der Menschen, die tatsächlich Widerstand geleistet haben, anerkannt werden. Figl wies auf die Notwendigkeit der Erbringung von diesbezüglichen Beweisen hin. Hier ging es aber auch darum, die spezifisch österreichischen Widerstand im Sinn der Moskauer Deklaration darzulegen.¹

Das Ergebnis der Diskussionen war das Bundesgesetz vom 12. April 1946 über die Schaffung der Österreichischen Befreiungsmedaille (BGBl 118/1946) sowie das diesbezügliche Statut (BGBl 121/146).

Im Gesetz wird in § 1 (1) normiert:

Verdienste, die sich Angehörige der auf österreichischem Gebiete eingesetzten Streitkräfte der Alliierten Mächte, Österreicher und andere Personen um die Befreiung der Republik Österreich erworben haben, werden durch Verleihung der

Österreichischen Befreiungsmedaille gewürdigt.

Im Statut wurde in Pkt. I. festgehalten:

(1) Die Österreichische Befreiungsmedaille wird an Angehörige der auf österreichischem Gebiete eingesetzten Streitkräfte der Alliierten Mächte, und zwar sowohl an namentlich bezeichnete als auch an solche Angehörige von bestimmten Truppenkörpern, deren persönliche Beteiligung der Alliierten Macht überlassen bleibt, verliehen.

(2) Die Österreichische Befreiungsmedaille kann verliehen werden

a) an österreichische Staatsbürger, die für die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit der Waffe in der Hand in Verbänden oder einzeln gekämpft oder gleichwertige Handlungen gesetzt haben;

b) an fremde Staatsangehörige, sofern sie zwar nicht unter Abs. (1) fallen, sich aber um die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewalt herrschaft besonders verdient gemacht haben.

(3) Die Österreichische Befreiungsmedaille kann auch nach dem Tode verliehen werden.

Im der Beilage des Statuts wird die Befreiungsmedaille beschrieben wie folgt:

A. Medaille: Silberfarben, kreisrund, Durchmesser 36 Millimeter. Auf der Vorderseite der Adler des Staatswappens der Republik Österreich und die Umschrift: FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT. Auf der Rückseite eine aufgehende Strahlensonne. Am obersten Teile der Medaille befindet sich eine mitgeprägte Öse, die durch Stück 39, Nr. 121. 179 einen ovalen, in der Mitte eingekerbten Ring mit einem größeren Ringe verbunden ist.

B. Band: 40 Millimeter breit, rot, in der Mitte mit einem 14 Millimeter breiten weißen Mittelstreifen.

Diese Bestimmungen blieben jedoch folgenlos. Dieses Untätigsein über einen Zeitraum von 30 Jahren zählt zu den „höchst unerfreulichen Vorfällen der Zweiten Republik“². Dies ist insofern bemerkenswert, als auch Regierungsmitglieder und höchste Staatsfunktionäre im Widerstand tätig waren und sich in Gestapo-Haft und im KZ befunden hatten.³ Es wurden auch keine Gründe für die Nichtverleihung bekannt gegeben, die die Gemüter der Anwärter und Anwärterinnen hätten beruhigen können.⁴

Bis 1964 war die Tatsache, dass keine Verleihungen stattfanden, kein Thema im Ministerrat (die kommunistische Presse urgierte die Verleihungen bereits im Jahr 1961).



Quelle: wikipedia.at

Nach Diskussionen in den Jahren 1964 und 1965, angestoßen vom Abgeordneten Erwin Machunze (ÖVP) und geführt u.a. von Bundeskanzler Josef Klaus und Außenminister Bruno Kreisky (die die Umsetzung befürworteten)⁵ wurde im September 1965 beschlossen, keine Ehrenzeichen zu vergeben. Einer der Gründe für die Nichtanwendung des Gesetzes war die Tatsache, dass das Ehrenzeichen nur an Österreicher verliehen werden konnte, die mit der Waffe in der Hand gekämpft haben. Ausgeschlossen waren z. B. Personen, die Druckschriften verteilt haben.⁶

1 Hufschmid, Metamorphose, FN. 6.

2 Schmidt, Republik, 357; ders., Orden, 11; s. auch Pernauer, ÖVP-Kameradschaft, 16 f.; Siebenbürger, ÖVP-Kameradschaft, 67 f.

3 Schmidt, Orden, 11.

4 Schmidt, Republik, 357.

5 S. dazu Hufschmid, Metamorphose, 232-236.

6 Hufschmid, 223.

Das zweite Gesetz 1976:

Die „runden“ Jubiläen im Jahr 1975 waren Anlass für einen neuen Anlauf im Jahr 1974; Ergebnis war das Bundesgesetz vom 27. Jänner 1976 über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs (BGBl 79/1976) zu den ersten Verleihungen.⁷

Die beiden ersten Bestimmungen lauten wie folgt:

§ 1.

Für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wird das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs, im folgenden kurz Befreiungs-Ehrenzeichen genannt, geschaffen.

§ 2.

(1) Es kann Personen verliehen werden, die sich um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verdient gemacht haben und die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder besessen haben.

(2) Das Befreiungs-Ehrenzeichen kann auch posthum verliehen werden, wenn noch ein naher Familienangehöriger, wie Ehegatte, Verwandter in gerader Linie, vorhanden ist, dem diese Auszeichnung übergeben werden kann.

In der Anlage der Verordnung der Bundesregierung vom 21. April 1976 betreffend das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs (BGBl 193/1076) befindet sich die Beschreibung des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs:

a) Ehrenzeichen: kreisrund, versilbert, mit Öse, Durchmesser 42 mm. Die Verbindung zum

Band wird durch zwei silberfarbene gekreuzte Lorbeerzweige hergestellt. Das Ehrenzeichen zeigt auf der Vorderseite die Beschriftung „Für Österreichs Befreiung“. Die Rückseite des Ehrenzeichens zeigt das Österreichische Staatswappen. Ehrenzeichen: kreisrund, versilbert, mit Öse, Durchmesser 42 mm. Die Verbindung zum Band wird durch zwei silberfarbene gekreuzte Lorbeerzweige hergestellt. Das Ehrenzeichen zeigt auf der Vorderseite die Beschriftung „Für Österreichs Befreiung“. Die Rückseite des Ehrenzeichens zeigt das Österreichische Staatswappen.

b) Band: 27 mm breit, dreigeteilt in den Farben rot-weiß-rot.

c) Rosette: Farben des Bandes mit aufgelegten zwei silberfarbenen gekreuzten Lorbeerzweigen, Durchmesser 10 mm. Frauen können statt der Rosette eine maschenartig genähte Leiste tragen, der ebenfalls zwei silberfarbene, gekreuzte Lorbeerzweige aufgelegt sind.

Im Internet beträgt der Preis für das Ehrenzeichen zwischen EUR 59,- und EUR 130,- (willhaben.at und ebay am 19.10.2024).

Strittige Fälle waren die Verleihung der Auszeichnung an „1934-Kämpfer“, die aufgrund des Protestes unseres seinerzeitigen Bundesobmann Dr. Hubert Jurasek nicht mehr vorgenommen wurde sowie die Verleihung an Partisanen.⁸

Bis heute wurde das Ehrenzeichen insgesamt an ca. 4.500 Personen verliehen; noch in den 1970er Jahren ging Bruno Kreisky davon aus, dass die Auszeichnung lediglich an ca. 30 – 40 Personen verliehen werden kann.⁹

Die letzten Verleihungen fanden im Jahr 2020 (2 Personen) statt.¹⁰

Zusammenfassung:

Zusammenfassend ist festzustellen, dass trotz der seit 1946 bestandenen Möglichkeit, die Auszeichnung zu verleihen, die ersten Verleihungen erst im Jahr 1977 aufgrund eines neuen Gesetzes stattgefunden haben. Auch gab es strittige Fälle, die jedoch einer Lösung zugeführt worden sind. Grundsätzlich zu hinterfragen ist, warum über 30 Jahre lang nicht von der Möglichkeit der Verleihung Gebrauch gemacht worden ist.

Literaturverzeichnis:

Hufschmid, Richard, *Die 30jährige Metamorphose der Auszeichnung „für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“*, in: *zeitgeschichte*, 32. Jahrgang, Wien 2005, 228-249.
 Pernauer, Franz, *Das Wirken der ÖVP-Kameradschaft*, in: *Der Freiheitskämpfer*, 30. Jahrgang, Nr. 1, Wien 1978, 15-19.
 Schmidt, Günter Erik, *Die Zweite Republik Österreich*, in: *Stolzer, Johann/Steeb, Christian, Österreichs Orden vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Graz 1996, 354-387.
 Schmidt, Günter Erik, *Orden und Ehrenzeichen Österreichs 1945 – 1999*, Wien 1999.
 Siebenbürger, Ralf, *Für Österreichs Freiheit. Die Geschichte der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennern für Österreich*, Wien, o. J.

Dr. Marcus Zimmerbauer ■

Übergabe des deutschen Soldatenfriedhofs am Wiener Zentralfriedhof an die Republik Österreich

Für den 17. Jänner 2025 luden das BM für Inneres und die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Übergabe des Soldatenfriedhofes an die Republik Österreich ein. Nahezu 8000 tote Wehrmachtsangehörige aus Österreich und der Bundesrepublik – jeder Einzelne mit eigenem Kreuzgrabstein – sind dort begraben. Nunmehr übernimmt Österreich die Betreuung und Pflege. Die gesamte Anlage befindet sich derzeit in hervorragend gepflegtem Zustand.

In einer würdigen Zeremonie überreichte der deutsche General Wolfgang Schneiderhan unserem Innenminister das Totenbuch. Dieses enthält die Namen aller in Wien bestatteten Soldaten der Wehrmacht. Eine große Abordnung der Wiener Polizei nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil! ■ NK



Übergabe des Soldatenfriedhofs von Deutschland an Österreich

Foto: Ulrike Garscha

⁷ Vgl. dazu Schmidt, Republik, 356 ff; Schmidt, Günter Erik, Orden, 11 f; insb. Hufschmid, Metamorphose, 236-245.

⁸ S. dazu Hufschmid, Metamorphose, 243 f.

⁹ Hufschmid, Metamorphose, 243.

¹⁰ S. www.bundespraesident.at/ehrenzeichen, in dem sich die Liste der Verleihungen von 2013 bis 2023 befindet.

„Franz und Franziska Jägerstätter-Institut“ – ein Ort der Forschung, Vermittlung und Edition

Die wesentlichen Fakten des Widerstands von Franz Jägerstätter (1907 – 1943) sind weithin bekannt. Der Bauer und Familienvater aus St. Radegund in Oberösterreich verweigerte aus religiöser Überzeugung den Wehrdienst für das nationalsozialistische Regime. In der Haft erfuhr er von der Eidverweigerung und der Hinrichtung Pater Franz Reinisch's (siehe Artikel, Seite 2). Dies bestärkte Jägerstätter in seiner Haltung. Im August 1943 wurde er schließlich ebenfalls hingerichtet.

Franziska Jägerstätter (1913 – 2013) stand zu der Entscheidung ihres Mannes, obwohl die Konsequenzen für sie und die drei gemeinsamen Töchter absehbar waren. In ihrer Umgebung stieß sie auf Unverständnis und Ablehnung. Ebenso verhielten sich die Behörden. Da ihr Mann zunächst nicht als Widerstandskämpfer anerkannt wurde, erhielt sie erst 1950 eine Witwenrente nach dem Kriegsofferfürsorgegesetz. Durch das Aufbewahren der Schriften und Briefwechsel trug sie jedoch dazu bei, dass ihr Mann spät, aber doch, von der katholischen Kirche gewürdigt und 2013 selig gesprochen wurde.

Dennoch blieb genug zu tun für eine systematische Aufarbeitung der Unterlagen zu Franz und Franziska Jägerstätter. Zu diesem Zweck wurde 2017 das gleichnamige Institut auf Initiative des Vizerektors Ewald Volgger an der Katholischen Privat-Universität Linz gegründet. Es handelt sich dabei um eine drittmittelfinanzierte Forschungseinrichtung, die sich vor allem folgenden Aufgaben wid-

met: Die Fülle an schriftlichem Material aus dem Nachlass des Ehepaars befindet sich seit 2018 im Besitz der Diözese Linz. Daraus wird eine digitale Jägerstätter Edition erstellt. Diese umfasst unbekannte Briefe und Aufzeichnungen von Franz Jägerstätter und seiner Korrespondenzpartner. Daraus soll eine



Copyright Digitalisat: Franz und Franziska Jägerstätter Institut

chronologische Darstellung und der Entstehungsprozess der Schriften abgebildet werden. Zum besseren Verständnis wird ein Register zu Personen, Heiligen, Orten, Organisationen und Bibelstellen erstellt. Auf dieser Basis werden Biografien von Franz und Franziska Jägerstätter sowie Personen aus ihrem Umfeld erarbeitet. Die Edition umfasst auch Fotografien und Dokumente. Überdies wird die Forschungs- und Sammlungstätigkeit zu Franz und Franziska Jägerstätter fortgesetzt.

Eine besondere Aufgabe sieht das Institut in der Erarbeitung von Konzepten nach erinnerungskulturellen, religionspädagogi-



schen und geschichtsdidaktischen Gesichtspunkten. Darüber hinaus soll die Forschung zu Biografien des Widerstands im Nationalsozialismus fortgeführt werden.

Seit 2019 übernimmt das Institut laufend die Mitherausgabe und Koordination des Projekts „Gedächtnisbuch Oberösterreich“. Dieses ist der Jägerstätter-Biografien

Erna Putz, der seit Jahrzehnten treibenden Kraft hinter den Aktivitäten zu dem Thema, ein besonderes Anliegen. Dabei handelt es sich um eine Sammlung von Biografien zu Personen, die im NS-Regime aus verschiedensten Gründen verfolgt wurden oder sich durch Widerstandshandlungen in Gefahr brachten. Diese Biografien werden von Menschen gestaltet, die einen Bezug zu ihnen haben. Dieser kann familiärer, persönlicher, örtlicher oder inhaltlicher Natur sein. Ziel dieses auf Dauer angelegten Projekts ist es, nicht oder kaum bekannte Lebensgeschichten im kollektiven Gedächtnis zu bewahren, und jährlich neue Dokumente zu schaffen.

Die Zielgruppen sind damit insbesondere Familienangehörige von Opfern und Verfolgten des NS-Regimes aus der 2., aber nunmehr schon häufig 3. oder 4. Generation. Darüber hinaus können aber noch folgende Personengruppen tätig werden: Örtliche Initiativen aus Oberösterreich mit Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus, außerschulische Jugendorganisationen, wie etwa die Katholische Jugend oder Jugendzentren sowie Schulgruppen mit Schwerpunkten NS-Geschichte und Erinnerungskultur. Die Erstellung dieser Biografien wird von einer einschlägig qualifizierten Projektgruppe betreut. Dabei werden die Projektteilnehmer zunächst mit dem Verfassen von wissenschaftlichen Arbeiten und biografischen Schreiben, der Archiv-, Quellen- und Literatursuche, aber auch der Interviewführung vertraut gemacht. Anschließend werden die Autoren bei ihrer Arbeit begleitet und unterstützt. Die etwa zehn Endprodukte pro Jahr werden in einer Feier der Öffentlichkeit präsentiert. Anschließend werden sie im Mariendom beziehungsweise dem Schlossmuseum, jeweils in Linz, den bisher verfassten Werken hinzugefügt.

Das „Franz und Franziska Jägerstätter-Institut“ gibt überdies laufend Publikationen heraus, insbesondere in einer eigenen Schriftenreihe oder durch Beiträge in Sammelbänden sowie einen Newsletter. Ebenso werden regelmäßig Veranstaltungen abgehalten. **PM** ■

Quellen: Leaflets des „Franz und Franziska Jägerstätter-Instituts.“ Website der Diözese Linz, Eintrag in Wikipedia einschließlich Literaturverzeichnis.

Gespräch mit AKV-Präsident Matthias Tschirf: Wir brauchen eine neue Debatten-Kultur

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände (AKV) ist der Dachverband von derzeit 16 Verbänden und Vereinen selbständiger katholischer Laienorganisationen. Diese umfassen insgesamt rund 1,2 Millionen Mitglieder. Diese Organisationen sind überaus vielfältig. Im Einzelnen sind es in alphabetischer Reihenfolge: Akademischer Bund katholisch-österreichischer Landsmannschaften (KÖL), Cartellverband (ÖCV), Christliche Lehrerschaft Österreichs (CLÖ), Kartellverband katholischer nichtfarben-tragender akademischer Vereinigungen (ÖKV), Katholische Medienakademie (KMA), Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV), Österreichische Gesellschaft für Christliche Kunst, Bauorden (ÖBO), Reichsbund, St. Michaels Bund, Sportunion, Verband der katholischer Schriftsteller Österreichs (VKSÖ), Verein Hoffnung hinter Gittern, Vereinigung christlicher farben-tragender Studentinnen (VCS), Vereinigung christlicher Lehrerinnen (VCL), Verband farben-tragender Mädchen (VfM).

Vermutlich gehören etliche Mitglieder unserer Kameradschaft einer dieser Organisationen an. Möglicherweise ist manchen aber gar nicht bewusst, dass sie damit auch zur AKV zählen, denn diese Vereinigungen agieren durchaus eigenständig. Sie wählen auch ihre Leitungsgorgane selbst und werden nicht wie Funktionäre der Katholischen Aktion von kirchlichen Autoritäten ernannt. Als Präsident amtiert derzeit Dr. Matthias Tschirf, der eine reiche Erfahrung im öffentlichen Leben mitbringt. So war er u.a. Klubobmann der ÖVP- Wien und

zuletzt Sektionschef im Wirtschaftsministerium.

In einem Gespräch mit dem „Freiheitskämpfer“ fordert der AKV-Präsident eine neue Debatten-Kultur in Politik und Kirche. Er sieht die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft, denn viele Menschen wären durch Fake-News und einseitige Informationen verunsichert. Die Verknappung und bewusste Simplifizierung von Nachrichten würden überdies als Brandbeschleuniger wirken. Dies zeige sich in einer rauer werdenden Sprache und Stimmung, die schon seit einiger Zeit zu beobachten wäre.

Die Verknappung der Botschaften würde auch eine gefährliche Verallgemeinerung mit sich bringen. „Sehr schnell hört und liest man dann ‘Die da oben’, ‘die bösen Linken oder die bösen Rechten’ oder ‘die Ausländer’, so Tschirf wörtlich. Solche Äußerungen würden Menschen gegenseitig aufhetzen. Damit gehe die Sachlichkeit verloren, weil Diskussionen über komplexe Themen nicht mehr an Verhandlungstischen stattfinden, sondern emotionalisiert auf die Straße verlegt würden. „Das ist der Versuch, Fakten zu schaffen und die eigene Meinung lauthals und vor großem Publikum einzuzementieren.“

Politische Auseinandersetzungen im Allgemeinen und Parteipolitik im Besonderen sollten in den dafür vorgesehenen staatlichen Institutionen bleiben und nicht innerhalb der katholischen Kirche betrieben werden. „Wir haben als Kirche viele wichtige Aufgaben zu lösen, die uns alle – die Amtskirche und das Laienapostolat in seiner Gesamtheit



Foto: Wikipedia

– bedürfen. Es stimmt mich daher nachdenklich, wenn bei innerkirchlichen Veranstaltungen Persönlichkeiten verschiedener Lager wegen ihrer Aussagen oder Handlungen öffentlich diffamiert werden“, warnt der AKV-Präsident.

Ebenso unverständlich sei für ihn, „dass Christen, die die Positionen des Lehramts der katholischen Kirche vertreten, an den politischen Rand gedrängt werden.“ Ein Eintreten für den Schutz des ungeborenen Lebens dürfe nicht kriminalisiert werden, „sondern es ist eine legitime Meinung, die niemals demokratiegefährdend ist, auch dann nicht, wenn man selbst anderer Meinung ist“. Es sei wieder ein Geist des Miteinanders nötig. Das gelte für alle Beteiligten innerhalb der katholischen Kirche wie auf politischer Ebene. „Wir brauchen klare Ziele und ein Aufeinander-Zugehen. Wir

brauchen eine ehrliche Kompromissbereitschaft und den Mut, scheinbar festgefügte Dogmen der jeweiligen Glaubens- und/oder Gesinnungsgemeinschaft zurückzunehmen. Wir brauchen wieder den Mut zu mehr Farbe statt Schwarz-Weiß-Denken, denn unsere Welt ist, Gott sei Dank, nicht nur schwarz oder weiß. Sachlichkeit ist dafür die nötige Voraussetzung“, so Tschirf.

Kurz nach dem Gespräch des „Freiheitskämpfers“ mit dem AKV-Präsidenten betonte Bundespräsident Van der Bellen in einer Rede nachdrücklich die Notwendigkeit des „Kompromisses“ nicht nur für die Bildung einer Bundesregierung, sondern allgemein für unsere Gesellschaft. Tschirf ist daher mit seinen Mahnungen nicht ein einsamer Rufer in der Wüste geblieben.

Ort des Widerstands gegen den Nationalsozialismus

Gedenken an Naziopfer Prieler in Schützen am Gebirge

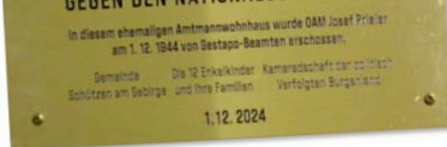
Am ersten Adventsonntag, dem 1.12.2024, wurde nach der Pfarrmesse in Schützen am Gebirge eine Gedenktafel für den am Freitag, den 1.12.1944, von der Gestapo erschossenen Oberamtmann Josef Prieler im Gemeindeamt enthüllt.

Bürgermeister Roman Zehetbauer führte aus, dass er die Initiative der Familie Prieler gerne aufgegriffen hatte und wies in seiner Rede darauf hin, dass sich das heutige Gemeindeamt im damaligen Wohngebäude des Amtmanns Josef Prieler befindet, wobei aufgrund der Skizze der Gendarmerie aus dieser Zeit sein jetziges Büro als Tatort identifiziert werden konnte.

Prof. DI Otto Prieler rief als Enkel, aber auch als Obmann der Kameradschaft der politisch Verfolgten Burgenland, die tragischen Ereignisse vom Herbst 1944 in Erinnerung. Er bedankte sich namens der 12 Enkelkinder, 21 Urenkeln und 26 UrUrenkeln sowie deren Partnern bei Bürgermeister Roman Zehetbauer und der Gemeinde Schützen am Gebirge für den würdigen Rahmen der Gedenkfeier zu Ehren ihres Großvaters.

Der Historiker Dr. Herbert Brettl, der in seinem Buch „Sichtbar machen“ die Erinnerungskultur im Burgenland beschreibt, machte sich in seiner Ansprache Gedanken über das Geschehen und die Täter dieser Zeit.

Der QR Code auf der Gedenktafel führt zur Homepage www.gedenkort.at, wo an viele dieser wenig bekannten Opfer erinnert wird und deren Geschichte - auch die von Josef Prieler - nachgelesen werden kann.



Nach der Enthüllung der Gedenktafel durch Bgm. Zehetbauer, Dr. Brettl, DI Prieler und Dr. Roswitha Wolf – dem einzigen Enkelkind, das Josef Prieler noch erleben konnte – durfte auch der „Tatort“ im Rahmen einer Agape besichtigt werden. Danach legten über 50 Familienangehörige einen Kranz am Grab ihres Vorfahren nieder. Vor 80 Jahren wurde von der Gestapo ein öffentliches Begräbnis verboten und dies auch überwacht.

Auszug aus der Rede von Prof. DI Otto Prieler:

Ich darf als Enkelkind, aber auch als Obmann der Kameradschaft der politisch Verfolgten Burgenland, das Wort ergreifen und die tragische Geschichte unseres Großvaters erläutern:

Es wird oft sehr einseitig der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Es waren auch viele Österreicher dabei, die nicht aus rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt wurden. Es ist wichtig auch dieser zu gedenken. Dazu wurde die Homepage Gedenkort.at geschaffen. Aber auch das Buch von Dr. Herbert Brettl „Sichtbar machen“ beschäftigt sich mit diesen Personen. Im Zuge seiner Recherchen fragte er mich, ob ich mit den ermordeten Amtmann Josef Prieler verwandt sei und ob es ein sichtbares Zeichen des Gedenkens gebe. Da es bisher nichts gab, veranlasste mich dies, nach Möglichkeiten zu suchen, unserem Großvater ein Denkmal zu setzen. So sollen auch die kommenden Generationen sensibilisiert werden, damit solche Verbrechen nie mehr geschehen.

Nun musste ich noch die Familie und den Bürgermeister

überzeugen, eine entsprechende Tafel in der Gemeinde anzubringen, bei der man über einen QR Code die ganze Geschichte lesen kann. Bürgermeister Roman Zehetbauer sagte mir sofort seine Unterstützung zu, musste aber noch innerhalb der Gemeinde den Boden aufbereiten, damit es zu einem breit getragenen Projekt wurde.

Nun ging es an die Detailarbeit, die Formulierung und Aufarbeitung unserer Familiengeschichte. Die Ortschronik von Schützen am Gebirge, herausgegeben von Gendarmerie Oberst Prof. Franz Theuer, war eine der Hauptquellen für meine Recherchen. Aber auch die Gemeinde Schützen, Dr. Brettl und meine Cousins und Cousinen kramten in ihrer Erinnerung, den Fotoalben und Archiven und so konnten wir die Geschichte, wie sie nun im Internet zu lesen ist, zusammenschreiben und für die Nachwelt erhalten.“ SK ■

Andrea Brait – Michael Gehler (Hg.):
Umbruch – und Wendejahre
 Österreichs Bundesländer
 und ihre Nachbarn 1989/91

Zu den Gedenkjahren, die wir heuer begehen, zählt auch der EU-Beitritt Österreichs vor 30 Jahren. Dieser wäre aber, in der Form wie er stattfand, nicht ohne die Ereignisse 1989 bis 1991 möglich gewesen. Bisher wurde dieser Zeitraum meist nur gesamtstaatlich betrachtet. Tatsächlich erlebten die einzelnen Bundesländer diese Jahre aber durchaus unterschiedlich. Es ist daher ein großes Verdienst der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek in Salzburg und ihres kürzlich verstorbenen Vorsitzenden, des wissenschaftlichen Beirats, Robert Kriechbaumer, diese Lücke in der historischen Forschung zu schließen. Zu Recht wird das vorliegende Werk, das fast zur Gänze noch in seine Ära fällt, ihm gewidmet, denn Kriechbaumer hat nicht nur die Publikation wichtiger historischer Arbeiten ermöglicht, sondern er war selbst einer der bedeutendsten österreichischen Historiker für das 20. und auch schon des 21. Jahrhunderts. Sein Oeuvre umfasst 65 Bücher und mehr als 100 wissenschaftliche Aufsätze. Die Arbeiten bestehen durch große Genauigkeit und das stete Bemühen um Ausgewogenheit. Diese Merkmale gehen in der Zukunft immer mehr verloren. Deshalb ist sein Ableben ein kaum einzuschätzender Verlust für die österreichische Geschichtswissenschaft.

Die Umsetzung des Sammelbands über die Sichtweise in den einzelnen Bundesländern lag in den Händen von Michael Gehler und Andrea Brait, ausgewiesenen Fachleuten für Österreich und Europa in der

jüngsten Vergangenheit. Die beiden Herausgeber beschreiben auch die Umbrüche als geopolitischen Hintergrund. Dabei nehmen sie auf die Rolle Gorbatschows, die verschiedenen Wenden in Mittel- und Osteuropa, und die Jugoslawienkriege Bezug. Die Darstellungen der Entwicklungen in den verschiedenen Bundesländern übernahmen Experten für das jeweilige Gebiet. Die Ereignisse des Sommers 1989 brachten das Burgenland ins Zentrum des internationalen Interesses. War es zunächst das Paneuropäische Picknick am 19. August, das hunderten DDR-Bürger das Überschreiten der Grenze ermöglichte, so machte die Grenzöffnung am 10./11. September das Burgenland zum Durchzugsgebiet für die Weiterreise in die Bundesrepublik. Die Umsetzung einer Vereinbarung der ungarischen und der deutschen Regierung fand letztlich durch die Kooperation Österreichs im Allgemeinen und des Burgenlandes im Besonderen statt. Wie Maximilian Graf zeigt, gab es zunächst große Hilfsbereitschaft, zunehmend aber Befürchtungen wegen des Einkaufstourismus und der unregelmäßigen Migration. Längerfristig wurde das Bundesland durch die grenzüberschreitenden Beziehungen und die Ziel 1-Förderungen durch die EU zum großen Gewinner der Region.

Wie Andrea Brait ausführt, gab es anfangs in den Grenzgebieten Niederösterreichs ebenfalls große Euphorie. Auch hier wurde von Außenminister Mock – wie zuvor schon in Ungarn –

gemeinsam mit seinem tschechoslowakischen Kollegen der Grenzzaun durchschnitten. Neue Verkehrswege wurden wohl schnell geplant, aber zum Teil bis heute nicht umgesetzt. Dennoch verzeichnete Niederösterreich 1988 – 1992 das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer.

Die Entwicklung in Oberösterreich führte nach Michael John zu einer Vielfalt kultureller Kontakte und langfristiger Austauschformen, wie etwa der Kooperation von Universitäten. Dieses Bundesland unterscheidet sich insofern vom übrigen Österreich, als viele Vertriebene aus der Tschechoslowakei und deren Nachfahren hier ihre neue Heimat fanden, unter ihnen auch etliche Politiker wie etwa der damalige Bürgermeister Dobusch. Die auch in Oberösterreich feststellbare Zuwanderung stieß jedenfalls nicht auf großen Zuspruch.

Als ausgeprägt europäisches Bundesland forderte Salzburg bereits vor 1989, die Beitrittsbemühungen zu den Europäischen Gemeinschaften voranzutreiben. Danach zeichnete sich das westliche Bundesland durch

eine regionale Außenpolitik aus. Wie der spätere Landeshauptmann Franz Schausberger hier als Historiker festhält, waren östliche Bundesländer ungleich zurückhaltender. Aus Salzburg gab es hingegen Kontakte und vielfältige Hilfestellungen für neue Parteien zur Vorbereitung der ersten freien Wahlen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks. In Brüssel war man Vorreiter mit der Errichtung des ersten regionalen Büros aus Österreich. Damit wurde der Föderalismus demonstrativ hervorgekehrt.

Der besonderen Rolle Südtirols widmet sich Michael Gehler. Er weist darauf hin, dass erst 1992 die Streitbeilegungserklärung durch Österreich gegenüber Italien erfolgte. Damit war die Auseinandersetzung vor der UNO beendet. Zuvor hatte Italien die letzten Bestimmungen des sogenannten „Pakets“ zur Autonomie Südtirols beschlossen. Etliche Punkte sollten freilich erst in den nächsten Jahren realisiert werden. Österreich hatte aber eine bedeutende Hürde auf dem Weg zum EU-Beitritt überwunden.



G E D E N K S T E I N



Gertrude Bokor

Geboren: 25. März 1885, Wien
Gestorben: 11. Februar 1965, Wien
Beruf: Kaffeehausbesitzerin
Verfolgung: Arisierung 07.09.1938

Mitgliedschaften: ÖVP Kameradschaft der politisch
Verfolgten und Bekenner für Österreich



Maria Emma Bokor (geb. Mottloch) & Gertrude Leokadia Bokor

Maria Emma Mottloch kommt am 25. März 1885 in Wien als uneheliche Tochter des Stubenmädchens Filomena Mottloch zur Welt. Nach Absolvierung der Pflichtschule arbeitet sie als Kindermädchen in unterschiedlichen Haushalten.

1912 heiratet sie standesamtlich den jüdischen Gastromomen mit ungarischen Wurzeln, Julius Bokor. Am 13. Februar 1913 kommt die gemeinsame Tochter Gertrude Bokor zur Welt. 1919 konvertiert Julius Bokor zum katholischen Glauben und heiratet Maria Bokor kirchlich.

1927 mieten Julius und Maria Bokor das Barockschlüssel des Grafen Nostitz beim Meidlinger Tor des Schlosses Schönbrunn, welches zu dieser Zeit gänzlich ungenutzt und abgewirtschaftet ist. Nach großen Investitionen in die Liegenschaft eröffnen sie im November 1927 das *'Café Schlössl'* und beziehen eine Wohnung direkt über dem Kaffeehaus. In den Folgejahren entwickelt sich das Kaffeehaus zu einem florierenden Unternehmen.

Am 12. März 1938 muss die Familie Bokor erleben, wie das freie und unabhängige Österreich mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht untergeht. Mit der Besetzung Österreichs wird die deutsche Gesetzgebung übernommen und damit auch die *'Nürnberger Rassengesetze'*, nach denen Julius Bokor als *'Volljude'* gilt, ihre Tochter Gertrude als *'Halbjudin'* oder *'Mischling I. Grades'*. Obwohl es Maria Bokor von den Nationalsozialisten nahegelegt wird sich von Julius Bokor scheiden zu lassen, weigert sie sich entschieden.

Am 7. September 1938 bewirken nationalsozialistische Neider gemeinsam mit der Arisierungsstelle die Schließung und Arisierung des Betriebes. Julius, Maria und Gertrude Bokor, denen ihre Existenzgrundlage geraubt war, werden auch aus ihrer Wohnung delogiert. Gertrude Bokor versucht sich als Kindermädchen in Belgien, wo sie für Kost und Logis leben kann, ihre Eltern finden kurzfristig ein Zimmer zur Untermiete, können sich dieses jedoch auch bald nicht mehr leisten, da sie keine Anstellung finden.

Um zu überleben, verkaufen sie alle Habseligkeiten und erhalten Unterstützung der Caritas.

Nachdem das belgische Aufenthaltsvisum von Gertrude Bokor nicht verlängert wird, kehrt sie im August 1939 zurück nach Wien. Gemeinsam mit ihrer Mutter kommt sie kurzfristig bei Verwandten unter, wo sie sich ein Bett teilen.

Julius Bokor flüchtet im November 1939 zu seiner in Budapest lebenden Schwester, in der Hoffnung dort Arbeit zu finden und die Familie damit finanziell zu unterstützen. Aber auch in Ungarn herrscht unter der Herrschaft von Reichsverweser Miklós Horthy eine strikt antisemitische Stimmung, weshalb Julius Bokor auch dort keine Arbeit findet. Im Februar 1941 kritisiert Julius Bokor öffentlich Adolf Hitler, worauf er verhaftet und nach Kamenetz-Podolsk in der Ukraine deportiert wird. Dort wird er wahrscheinlich im Rahmen des *Massakers von Kamenetz-Podolsk* ermordet. Ein letztes Lebenszeichen von ihm gibt es am 17. August 1941.

Zu Weihnachten 1939 finden Maria und Gertrude Bokor eine Aushilfsbetätigung in Mariazell. Im Jänner 1940 verunglückt Maria Bokor bei einem Straßenbahnunfall und wird zum Pflegefall. Gertrude Bokor muss nunmehr sich und ihre Mutter erhalten.

Zwischen 1942 und 1945 muss Gertrude Bokor Zwangsarbeit in einem Rüstungsbetrieb leisten, was das Familieneinkommen noch weiter schmälert.

Mit der Befreiung Österreichs im Mai 1945 muss Maria Bokor ihren Ehemann Julius für Tod erklären lassen; sein genauer Todestag bleibt unbekannt, ebenso wie der Ort seiner sterblichen Überreste.

Maria Bokor tritt nach der Befreiung der *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich* bei. Auch Gertrude Bokor tritt bei. Maria Bokor verstirbt mit 79 Jahren, am 11. Februar 1965 in Wien und findet ihre letzte Ruhestätte am Wiener Zentralfriedhof. Ihre Tochter Gertrude Bokor verstirbt am 18. Oktober 1998 und findet ihre letzte Ruhestätte im Grab ihrer Mutter. ■

G E D E N K S T E I N



Geboren: 15. Juni 1897

Gestorben: 20. April 1985

Beruf: Beamter

Verfolgung: Haft 11.03.1938 - 25.11.1938,

KZ Buchenwald 25.11.1938 - 03.07.1939,

Haft 03.07.1939 - 25.11.1939, KZ Sachsenhausen 30.11.1939 - 30.01.1943

Mitgliedschaften: K.Ö.St.V. Nibelungia Wien, K.M.V. Tressenstein Bad Aussee, K.Ö.St.V. Vindobona II Wien, ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich



Sektionschef Dr. Johann Josef Vogelsang

Johann Josef Vogelsang kommt am 15. Juli 1897 in Wien als ehelicher Sohn des Amtsdieners Michael Vogelsang und Eleonora, geborene Baumgartner, zur Welt. Nach der Volksschule geht er auf das Gymnasium im 18. Wiener Gemeindebezirk, wo er 1916 maturiert. Nach der Matura wird er offensichtlich in den I. Weltkrieg eingezogen, zumal er erst im Wintersemester 1918/19 an der Universität Wien Klassische Philologie inskribiert. 1921 promoviert er und ist danach als Gymnasiallehrer tätig. 1928 gehört er zu den Förderern der Mittelschulverbindung Vindobona II in Wien und wird deren Mitglied. 1935 wird er zunächst Gym-

nasialdirektor in Graz und dann in Leoben.

Der überzeugte Österreicher tritt 1934 der *Vaterländischen Front* und ihren nahestehenden Organisationen bei und ist von 1935 bis zum Untergang des freien und unabhängigen Österreichs Landeskulturreferent der *Vaterländischen Front Steiermark*. Als Lehrer und Funktionär der *Vaterländischen Front* tritt er vehement und entschieden gegen den Nationalsozialismus auf.

Dr. Vogelsang Johann war in der Zeit vom 11.3.1938 bis zum 30.1.1943 in Schutzhaft, da er in der Systemzeit als Direktor des Gymnasiums Leo-

ben ein ausgesprochen gehässiger Gegner des Nationalsozialismus war. Er hat nicht nur Schüler, sondern auch Professoren zur Anzeige gebracht, die dadurch schweren Schaden erlitten.

Aus dem Gestapo-Bericht vom 3. Juli 1943 über Johann Vogelsang

Er wird bereits am Abend des 11. März 1938 verhaftet und am 25. November 1938 in das KZ Buchenwald überstellt. Von dort wird er am 3. Juli 1939 in das Polizeigefängnis in Leoben verlegt. Am 30. November 1939 erfolgt die Überstellung in das KZ Sachsenhausen, aus dem er am 30. Jänner 1943 entlassen wird.

Nach der Befreiung Österreichs wird Johann Vogelsang als Gymnasialdirektor zunächst zum stellvertretenden Leiter der Sektion IV Unterricht und Erziehung bestellt und später zum Sektionschef im Unterrichtsministerium berufen. Er tritt der *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich* bei. Er wird Ehrenmitglied der Mittelschulverbindung Tressenstein Bad Aussee und der Studenterverbindung Nibelungia Wien.

Als Sektionschef geht er in den Ruhestand. Er verstirbt mit 87 Jahren am 20. April 1985 und findet seine letzte Ruhestätte am Friedhof in Wien-Döbling.

Markus Kroier ■

Gedenkveranstaltung in der Rossau/Innsbruck: Kranzniederlegung zum Holocaust-Gedenktag

Am 27. Jänner 2025 fand anlässlich des Internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (Holocaust-Gedenktag) eine Kranzniederlegung beim Mahnmal in der Rossaugasse 4 in Innsbruck statt.

Die traditionelle Gedenkfeier wurde vom Bund der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten gemeinsam organisiert.

Den Auftakt der Gedenkveranstaltung bildeten Ansprachen von LAbg. Elisabeth Fleischanderl, Vorsitzende der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Tirol, und Clemens Hornich, Landesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. Beide betonten die

Bedeutung des Erinnerns und des gemeinsamen Einsatzes gegen das Vergessen. „Erinnern heißt, aktiv gegen das Vergessen zu handeln und sich bewusst zu machen, welche Verbrechen im Namen der NS-Ideologie auch hier in Tirol begangen wurden. Dieses Bewusstsein muss unser Denken und Handeln prägen“, erklärte LAbg. Elisabeth Fleischanderl.

„Mit der heutigen Kranzniederlegung gedenken wir all jener, die unter dem Unrecht der NS-Diktatur gelitten haben. Es ist unsere Pflicht, die Erinnerung an diese Opfer und ihr Leid für alle Zeit zu bewahren“, betonte Clemens Hornich. Dabei erinnerte er auch an den Zweiten Weltkrieg, an dessen Ende wir heuer 80 Jahre danach in besonderer Weise gedenken. ▶

Der Leiter der Historikerkommission zur Erforschung der ermordeten Tiroler WiderstandskämpferInnen, Univ.-Doz. Mag. Dr. Horst Schreiber, beleuchtete in seinem anschließenden Vortrag die Geschichte des NS-Lagers in der Rossau. Er skizzierte das Ausmaß der Gräueltaten und erinnerte daran, welche zentrale Rolle das Lager Reichenau für die NS-Verbrechen in Tirol spielte.

Die Gedenkstunde wurde durch die musikalische Begleitung von Karl Heinz Putzer stimungsvoll untermalt.

Historischer Hintergrund des Mahnmals

Das ehemalige „Arbeitsziehungslager Reichenau“, das im heutigen Stadtteil Rossau lag, diente zwischen 1941 und 1945 als Haft- und Durchgangslager der Gestapo. Ursprünglich als Auffanglager für italienische Zivilarbeiter konzipiert, wurde es später für politische Gefangene und jüdische Häftlinge genutzt. Insgesamt waren rund 8500 Menschen in diesem Lager inhaftiert, von denen viele Zwangsarbeit leisten mussten. Mindestens 130 Häftlinge wurden nachweislich ermordet.



Seit 1972 erinnert ein Gedenkstein an diesem historischen Ort an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen. Die Kranzniederlegung ist ein jährlicher Akt des Geden-

Vor dem Mahnmal in der Rossaugasse: v. l. Vizebürgermeisterin Elisabeth Mayr, Clemens Hornich (ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten), Landtagsabgeordneter Christoph Appler, Bürgermeister Johannes Anzengruber, Landtagsabgeordnete Elisabeth Fleischanderl (Bund sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen) und Vizebürgermeister Georg Willi.

Gedenk- und Befreiungsfeier Mauthausen „GEMEINSAM FÜR EIN NIEMALS WIEDER“ am 11. Mai 2025 um 11.00 Uhr

Die Gedenk- und Befreiungsfeiern in der KZ Gedenkstätte Mauthausen und an Orten der ehemaligen Außenlager werden seit 1946 von den Überlebenden bzw. deren Verbänden organisiert und durchgeführt. Auch dieses Jahr beginnt die Internationale Befreiungsfeier mit einem Gedenzug. Nach der Kranzniederlegung werden die Teilnehmer eingeladen, an der gemeinsamen Befreiungsfeier am ehemaligen Appellplatz teilzunehmen. Die Gedenk- und Befreiungsfeiern widmen sich jedes Jahr einem speziellen Thema. Der Gegenwartsbezug bildet bei jedem Jahresthema einen essentiellen Bestandteil und soll vor allem für junge Menschen durch die Auseinandersetzung mit der Zeit und Ideologie des Nationalsozialismus auch einen Bezug zu ihrer Erfahrungswelt heute herstellen.

kens, der uns den Blick auf die Menschenrechte in der Gegenwart schärfen sollte. Er ist auch ein traditioneller Bestandteil der Erinnerungskultur in Innsbruck.

SK ■

Offenlegung

Medieninhaber: ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennere für Österreich (Kuratorium) **Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idgF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann Dr. Norbert Kastelic, Obmann-Stv. Matthias Denifl, Mag. Markus Kroihner, Mag. Wolfgang Schwarz und Gabriele Wagner, Schriftführer RA Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer, Kassiererin Gabriele Wagner. **Grundlegende Aufgabe der Zeitschrift** ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

Impressum:



Medieninhaber und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennere für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Chefredaktion: Mag. Paul Mychalewicz (PM)
Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK), Mag. Walter Tancsits (WT)
Organisation: Mag. Stephan Kastelic
Fotos: ÖVP Kameradschaft-Bund, Burgenland, Tirol, DÖW, ÖVP Wien, Franz und Franziska Jägerstätter-Institut, Ulrike Garscha, Wikipedia, Familie Prieler
Satz/Umbruch: Tanja Pichler
Druck: druck.at

www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at